

|                     |  |
|---------------------|--|
| <b>Zeitschrift:</b> | Tugium : Jahrbuch des Staatsarchivs des Kantons Zug, des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie, des Kantonalen Museums für Urgeschichte Zug und der Burg Zug |
| <b>Herausgeber:</b> | Regierungsrat des Kantons Zug  |
| <b>Band:</b>        | 34 (2018)  |
| <b>Artikel:</b>     | "Wie du vielleicht weisst, ist der Generalstreik auf dem Platze Zug gänzlich krepiert" : der Landesstreik 1918 in Zug  |
| <b>Autor:</b>       | Jacobi, Adrian / Morosoli, Renato  |
| <b>DOI:</b>         | <a href="https://doi.org/10.5169/seals-787156">https://doi.org/10.5169/seals-787156</a>  |

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# «Wie du vielleicht weisst, ist der Generalstreik auf dem Platz Zug gänzlich krepier!»

Der Landesstreik 1918 in Zug

«Gänzlich krepier!» sei der Generalstreik in der Stadt Zug, beklagte sich Robert Spinnler, führendes Mitglied der Zuger Sektion des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbands (SMUV), im November 1918 bei einem Genossen.<sup>1</sup> Mit seiner Einschätzung lag er – wie noch zu zeigen sein wird – durchaus richtig (Abb. 1). Das bedeutet allerdings nicht, dass der Platz Zug im Jahr 1918 keine Erfahrungen mit der Arbeiterbewegung gemacht hätte. In diesem Aufsatz werden die Lage der Stadzuger Arbeiterbewegung beschrieben und mögliche Erklärungen für die tiefe Streikbeteiligung geboten.

## Wie kam es zum Landesstreik?

Die historische Forschung deutete in den letzten hundert Jahren die Hintergründe, die zum Landesstreik von 1918 führten, sehr unterschiedlich, und die Diskussionen sind noch immer im Gang. Auslöser dieser schwersten politischen Krise des schweizerischen Bundesstaats von 1848 war nicht ein einzelnes Ereignis oder ein einzelner Missstand, sondern ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren. Der Krieg brachte für die Bevölkerung zahlreiche Entbehrungen mit sich. Die Güter für den täglichen Bedarf wurden knapp und teuer. Der Konsumentenpreisindex verdoppelte sich während der Kriegsjahre 1914–1918 und stieg auch in den zwei Folgejahren noch etwas an.<sup>2</sup> Unter dieser Entwicklung litten die finanziell Schwächsten der Bevölkerung am meisten, und diese sind unter anderem bei den Fabrikarbeitern zu suchen. Die Arbeiterschaft organisierte sich in den Kriegsjahren verstärkt in Gewerkschaften. So wuchs die Mitgliederzahl des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds von etwa 65 000 im Jahr 1915 auf 177 000 im Jahr 1918 an. Im Folgejahr wurde mit 223 588 Mitgliedern ein vorläufiger Höhepunkt erreicht.<sup>3</sup> Vorteile des Eintritts in eine Gewerkschaft waren unter anderem die grösseren Erfolgsaussichten beim Kampf für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Zudem wurde man im Fall eines Streiks finanziell unterstützt. Schliesslich gab es

gewerkschaftseigene Krankenkassen oder Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.<sup>4</sup>

Die stärkere Organisation der Arbeiterschaft manifestierte sich auch in der Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei, allerdings weniger in der Vertretung in politischen Ämtern. Dies hängt vor allem mit dem damaligen Majorzwahlssystem zusammen. Die Einführung des Proporzwahlssystems, bei welchem die Sitze nach Wahlanteil und nicht nach der absoluten Mehrheit verteilt werden, war denn auch ein Anliegen der Vertreter der Arbeiterschaft. Die Mindervertretung in politischen Ämtern war sicherlich ein wesentlicher Aspekt in der gesamten Auseinandersetzung, die zum Landesstreik führte. Die Arbeiterbewegung wurde kaum in die politischen Entscheide miteinbezogen und fühlte sich oft übergangen. Ein mögliches Mittel, um den Unmut über eine Entwicklung aufzuzeigen, war die Arbeitsverweigerung. Gegen Ende des Krieges nahmen die Arbeitsniederlegungen deutlich zu. Hauptgrund für die damaligen Streiks waren gescheiterte Lohnverhandlungen, die im Zusammenhang mit der Inflation und dem Reallohnverlust zu sehen sind. Der Bundesrat reagierte auf grössere Streiks teilweise mit einem Aufgebot der Armee, welche für Ruhe und Ordnung sorgen sollte. Dies trug seinen Teil zum tiefer werdenden Graben zwischen der Arbeiterbewegung und der Regierung bei.

Eine weitere wesentliche Rolle im Vorfeld des Landesstreiks spielte das Oltener Aktionskomitee (OAK). Das OAK wurde als Reaktion auf den Bundesratsbeschluss zur Einführung einer allgemeinen Zivildienstpflicht gegründet. Diese lehnte man unter anderem ab, weil eine Militarisierung der



Abb. 1 Aufruf zum Generalstreik. Flugblatt

<sup>1</sup> SozArch, SMUV-Archiv 07A-0073 (Teil 1), Brief von Robert Spinnler an NN. («Werter Genosse», wahrscheinlich Walter Hirsbrunner), Zug, 18. November 1918.

<sup>2</sup> Jacobi 2013, 25.

<sup>3</sup> Degen 2006, 133.

<sup>4</sup> SMUV 1988, 43–46.

Gesellschaft befürchtet wurde und die Armee bei Konflikten gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden konnte.<sup>5</sup> Das OAK setzte sich aus Vertretern des Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei zusammen und wurde durch einen allgemeinen Arbeiterkongress als Vertreter der Arbeiterschaft in den Verhandlungen mit der Regierung legitimiert.<sup>6</sup> Die Androhung eines Generalstreiks schwang in den Forderungen des OAK immer wieder mit, aber selbst die Vertreter des OAK zweifelten daran, ob diese Massnahme das richtige Mittel zum Erreichen der eigenen Ziele war. Die Resultate, die das OAK in seinen Verhandlungen mit dem Bundesrat erreichen konnte, waren in der frühen Phase durchaus zufriedenstellend. So konnte beispielsweise im April 1918 der Milchpreis, der zuvor erhöht worden war, wieder etwas reduziert werden. Zudem stellte das OAK einen Forderungskatalog auf, der unter anderem den sozialen Wohnungsbau und die Planung der Rationierung von Lebensmitteln betraf. Der Bundesrat zeigte sich auch da gesprächsbereit, und das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Regierung entspannte sich. Diese Verhandlungsbereitschaft des Bundesrats missfiel allerdings der Armeeführung, die kritisierte, dass man mit einer Gruppierung verhandle, die mit dem Generalstreik drohe. Daraufhin setzte der Bundesrat im August 1918 eine Kommission ein, die im Streikfall die ganze Armee aufbieten konnte. Diese stand unter der Leitung von Bundesrat Eduard Müller, dem Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements. Weitere Mitglieder der Kommission waren die Vorsteher des Militärdepartements, Camille Decoppet, und des Post- und Eisenbahndepartements, Robert Haab, sowie Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg und Bundesanwalt Franz Stämpfli.

Der bürgerliche Teil der zürcherischen Regierung befürchtete Anfang November eine bolschewistische Revolution und stellte beim Bundesrat – ohne die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder darüber in Kenntnis zu setzen – ein Gesuch um militärischen Schutz. Der Bundesrat genehmigte in der Folge ein Truppenaufgebot.<sup>7</sup> Dies überraschte und enttäuschte das OAK. Man entschied sich für einen 24-stündigen Proteststreik und forderte, dass die Truppen unverzüglich abgezogen werden müssten. Diese Forderung wurde allerdings nicht erfüllt, und auch Verhandlungen zwischen dem OAK und dem freisinnigen Bundespräsidenten Felix Calonder blieben ohne Ergebnis. Bei den Demonstrationen in Zürich wurde am 10. November unter ungeklärten Umständen ein Soldat erschossen, und die Stimmung verschlechterte sich auf beiden Seiten. Schliesslich rief das OAK ab dem 11. November den unbefristeten Generalstreik aus und stellte einen Katalog mit neun Forderungen auf:

- «1. Sofortige Neuwahl des Nationalrats auf Grundlage des Proporz.
- 2. Aktives und passives Frauenwahlrecht.
- 3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
- 4. Einführung der 48-Stundenwoche in allen öffentlichen und privaten Unternehmen.

5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten.
7. Alters- und Invalidenversicherung.
8. Staatsmonopole für Import und Export.
9. Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden.»<sup>8</sup>

Im Laufe der Streiks erhöhte der Bundesrat den Druck auf die Streikleitung und drohte mit einem massiven Truppeneinsatz. Das Streikkomitee befürchtete einen Bürgerkrieg<sup>9</sup> und erklärte deshalb den Streik per 14. November für beendet. Das OAK musste in der Folge von allen politischen Lagern harsche Kritik einstecken. Gegen die Streikführer wurden mehrere Prozesse geführt, und es wurden teilweise mehrmonatige Gefängnisstrafen verhängt.<sup>10</sup>

Die Beteiligung am Landesstreik war regional sehr unterschiedlich, und auch an Orten mit hoher Streikbeteiligung nahm längst nicht die gesamte organisierte Arbeiterschaft am Streik teil. Die Forschung geht heute davon aus, dass sich etwa 250 000 Personen am Landesstreik beteiligten, wobei sich der Streik im Wesentlichen auf die Deutschschweiz beschränkte. Dass der Streik aber stärker wahrgenommen wurde, als dies die Zahlen vermuten lassen, lag – wie Forschungen zeigen – an der Bestreikung der Schweizerischen Bundesbahnen und des öffentlichen Verkehrs in den Städten. Ob es in einer Ortschaft zu einer Streikbeteiligung kam oder nicht, hing unter anderem davon ab, wie tief dort eine sozialistisch geprägte gewerkschaftliche Tradition verwurzelt war und wie sehr es sich um eine industrialisierte Region handelte.<sup>11</sup>

## Die Arbeiterbewegung in der Stadt Zug im Sommer 1918

Wenn man diese Voraussetzungen für die Stadt Zug analysiert, überrascht es nicht, dass der Landesstreik in Zug etwas kraftlos umgesetzt wurde. Die Stadt war als Industriestandort noch relativ jung, auch wenn die Metallindustrie in den Jahren vor dem Landesstreik angewachsen war. Zudem war das katholisch-konservativ geprägte Zug für die sozialistisch geprägte gewerkschaftliche Organisation ein hartes Pflaster. Im Jahr 1916 zählte die Metallarbeitergewerkschaft in der Stadt erst 125 Mitglieder. Im Juni 1918 waren es dann allerdings bereits über 600<sup>12</sup> und Ende August nahezu 1000 (Abb. 2). Auch die zugerische Sektion der christlichsozialen Metallarbeitergewerkschaft profitierte von der verstärkten Organisation der Arbeiter. Sie konnte bei den Mitgliederzahlen eben-

<sup>5</sup> Gautschi 1988a, 86f.

<sup>6</sup> S. dazu Berhard Degen, Oltener Aktionskomitee. In: e-HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D27678.php>, Version vom 17. April 2018.

<sup>7</sup> Gautschi 1988a, 188.

<sup>8</sup> Vgl. Gautschi 1988b, 237f.

<sup>9</sup> Buomberger 2014, 347–350.

<sup>10</sup> Gautschi 1988a, 55f.

<sup>11</sup> Buomberger 2014, 351f.

<sup>12</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 144, 28. Juni 1918.



Abb. 2 Flugblatt des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbands (SMUV) für eine Veranstaltung am 13. Juli 1918.

falls einen Zuwachs feststellen, allerdings in einem kleineren Rahmen. 1918 zählte diese in der Stadt Zug etwa 50–100 Mitglieder.<sup>13</sup> Eine Beteiligung an Streiks lehnte die christlichsoziale Gewerkschaft aber strikt ab. Die beiden Gewerkschaften in Zug kämpften zudem viel mehr gegeneinander, als dass sie für gemeinsame Interessen zugunsten der Arbeiterschaft eintraten. Der Grossteil der Metallarbeiterenschaft in Zug war im Jahr 1918 zwar vordergründig gewerkschaftlich organisiert, von einer gewerkschaftlichen Tradition oder Verankerung kann aber nicht gesprochen werden.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 195, 26. August 1918.

<sup>14</sup> Jacobi 2013, 76f.

<sup>15</sup> Zuger Nachrichten, Nr. 119, 4. Oktober 1917

<sup>16</sup> Zuger Volksblatt, Nr. 86, 18. Juli 1918. – Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 168, 24. Juli 1918; Nr. 177, 3. August 1918

<sup>17</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 108, 13. Mai 1918.

<sup>18</sup> AfZ, IB ASM-Archiv/1123, An die Mitglieder des Ausschusses, 1. Oktober 1918.

<sup>19</sup> SozArch, SMUV-Archiv 07A-0073 (Teil 1), Arbeiter und Arbeiterinnen der Schweiz, Glühlampenfabrik.

<sup>20</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 144, 28. Juni 1918.

<sup>21</sup> SozArch, SMUV-Archiv 07A-0073 (Teil 1), Zentralvorstand des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, An die Bevölkerung und die Arbeiterschaft in Zug und Umgebung.

<sup>22</sup> AfZ, IB ASM-Archiv/1145, An die Mitglieder des Vorstandes, 15. August 1918.

Im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen kam es in Zug in den Jahren 1917 und 1918 zu mehreren Streiks. Streikbereit waren vorerst die Bauarbeiter. Im Herbst 1917 streikten in Zug und Cham Zimmerleute und Maurer sowie Arbeiter der Wasserwerke Zug.<sup>15</sup> Im Sommer 1918 waren es wiederum die Maurer und Handlanger, welche wochenlang die Arbeit niederlegten.<sup>16</sup> Zudem gab es eine Streikbewegung in der Metallbranche, auf welche hier genauer eingegangen wird.

Bei der Analyse der Geschehnisse um die Arbeiterbewegung in der Stadt Zug fällt die 1898 gegründete Glühlampenfabrik an der Baarerstrasse, die spätere «Indukta», besonders auf (Abb. 3). Offenbar hatten sich dort die Fronten zwischen der Direktion und der organisierten Arbeiterschaft schon im Frühjahr 1918 verhärtet. Dies zeigt sich beispielsweise an der Reaktion von Albert Uttinger, dem Direktor der Glühlampenfabrik, auf ein Flugblatt der Maifeier-Kommission mit dem Titel «Arbeiter wacht auf», welches im Betrieb aufgehängt wurde. Uttinger verfasste einen Aushang, der in der Fabrik angeschlagen wurde, in welchem unter anderem zu lesen war: «Diese Zettel [= Flugblätter] enthalten Beleidigungen und Beschimpfungen für die Fabrikleitung und die Aktionäre im allgemeinen. [...] Es wird nun der Arbeiterschaft zur Kenntnis gebracht, dass jede Art politischer Propagandatätigkeit in den Fabrikräumen und deren Umgelände untersagt ist und dass dazu auch die Verbreitung oder das Anschlagen, Aufhängen oder Anheften von Zetteln gehört. Zu widerhandlungen haben sofortige Entlassung zur Folge.»<sup>17</sup>

Im Sommer 1918 waren in der Glühlampenfabrik 205 Personen – 175 Arbeiterrinnen und 30 Arbeiter – beschäftigt.<sup>18</sup> Wie oben ausgeführt, konnte die Arbeiterbewegung in Zug im Jahr 1918 einen deutlichen Zuwachs verzeichnen. Die Arbeiterschaft der Glühlampenfabrik scheint sich mit der gewerkschaftlichen Organisation allerdings etwas mehr Zeit gelassen zu haben, und so wurde sie separat für eine Informationsveranstaltung des SMUV angeworben, die am 21. Juni im Saale des Restaurants Bären in Zug stattfand. Dabei hielt Walter Hirsbrunner, ein SMUV-Vorstandsmitglied aus Bern, ein Referat mit dem Titel «Wie verbessern wir unsere Lage[?]»<sup>19</sup> (Abb. 4). Die Anstrengungen waren offenbar von Erfolg gekrönt, berichtete doch der «Centralschweizerische Demokrat», das «Sozialdemokratische Tagblatt der Innenschweiz», eine Woche später vom «fast vollständigen Eintritt der Arbeiterschaft der Glühlampenfabrik» als direkte Folge der Referate und Flugblätter.<sup>20</sup> Bis Mitte August war die ganze Belegschaft organisiert, allerdings nicht in derselben Organisation: Während sich rund 170 Arbeiterrinnen und Arbeiter dem SMUV anschlossen, zog es 30–35 Personen zur christlichsozialen Gewerkschaft.<sup>21</sup> Dass die Firmenleitung am 13. August den Antrag für den Eintritt in den Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- & Metallindustrieller (ASM) stellte,<sup>22</sup> kann man als direkte Reaktion auf die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft deuten. Fast zeitgleich kam es im Betrieb zu einer Arbeitsniederlegung. Wegen der Auseinandersetzungen im Betrieb verzögerte sich



Abb. 3 Gebäude und Arbeiterschaft der Schweizerischen Glühlampenfabrik in Zug, ca. 1918–1925.

die Aufnahme in den Verband: Sie wurde erst Anfang Oktober bestätigt. Als Verbandsmitglied wären der Firma im Falle eines Streiks Entschädigungen zugestanden. Bei der Aufnahme der Glühlampenfabrik wurde in einer Mitteilung an die Ausschussmitglieder des ASM festgehalten, dass der Aus-

löser für den Streik die Entlassung einer Arbeiterin war, welche in der Fabrik «agiterte», also für die Interessen der organisierten Arbeiterschaft warb. Zudem wurde mitgeteilt, dass der Streik «zu Bedingungen, die für die Fabrik befriedigend waren», beigelegt werden konnte.<sup>23</sup>

Vor dem Streikausbruch hatten sich zwischen Direktion und Belegschaft verschiedene Unstimmigkeiten abgezeichnet. Zusätzlich zu den bereits im Mai bestehenden Konflikten kamen im Sommer 1918 Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen der Direktion der Glühlampenfabrik und der Gewerkschaft. Dabei wurde das kantonale Einigungsamt miteinbezogen, welches einen Lösungsvorschlag unterbreitete. Da dieser Lösungsvorschlag von der Direktion nur teilweise akzeptiert und offenbar abgeändert wurde, wuchs die Missstimmung in der Belegschaft. Darauf verstärkte die Gewerkschaft ihre Tätigkeit, auch im Betrieb selber. Da dies untersagt war, entliess die Firmenleitung eine langjährige Vorarbeiterin und drohte weiteren Personen die Entlassung an. Als Reaktion auf diese Vorkommnisse wurde eine Betriebsversammlung für die SMUV-Mitglieder einberufen und dort für den nächsten Tag, den Dienstag, 13. August, einstimmig ein Streik beschlossen. Man zeigte sich mit der entlassenen Genossin solidarisch und forderte von der Firma, dass die alten Forderungen, die vor dem Einigungsamt zur Verhandlung gekommen waren, umgesetzt würden. Bis dahin sollte gestreikt werden.<sup>24</sup> Der Konflikt spielte sich aber nicht nur zwischen dem SMUV und der Glühlampenfabrik ab, sondern auch zwischen den beiden Gewerkschaften. Die Mitglieder des christlichsozialen Metallarbeiterverbands signalisierten dem Arbeitgeber, dass sie weiterhin arbeiten

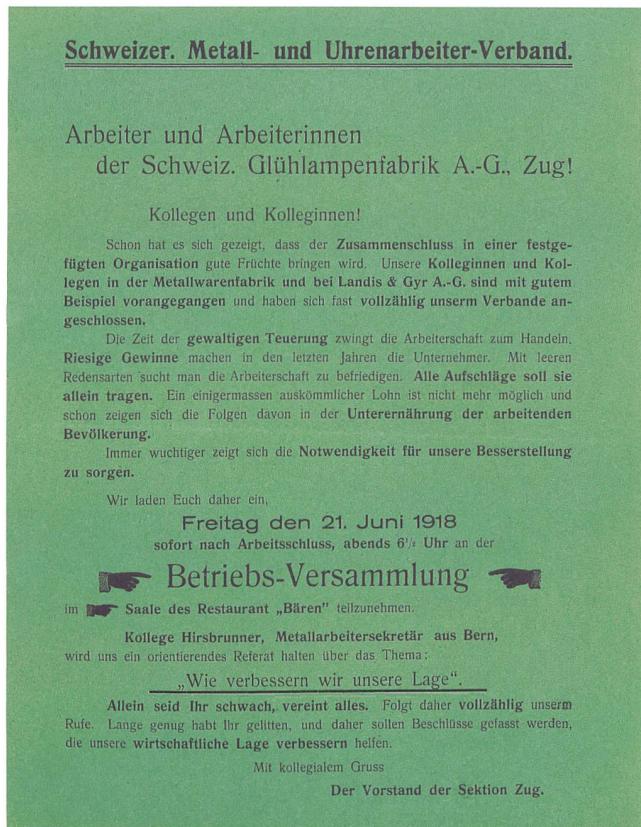


Abb. 4 Flugblatt der SMUV-Betriebsversammlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schweizerischen Glühlampenfabrik in Zug am 21. Juni 1918.

<sup>23</sup> AfZ, IB ASM-Archiv/1123, An die Mitglieder des Ausschusses, 1. Oktober 1918.

<sup>24</sup> Central schweizerischer Demokrat, Nr. 186, 14. August 1918.

würden und mit der Arbeitsniederlegung nicht einverstanden seien. Am ersten Streiktag waren etwa 20–25 der 205 Beschäftigten arbeitswillig, wobei diese nur dank Polizeischutz ihren Weg zum Arbeitsplatz fanden. Am Nachmittag war die Polizei offenbar nicht mehr anwesend, und so wurden die «Streikbrecher» von den Streikenden gewaltsam aufgehalten. Der «Centralschweizerische Demokrat» berichtete, dass es zu «unangenehmen Kämpfen kam»<sup>25</sup> und einige Streikbrecher sogar «verhauen»<sup>26</sup> wurden. Von Verletzten war freilich nicht die Rede. In der Fabrik wurde in den darauffolgenden Tagen nicht gearbeitet.

Diese Entwicklungen waren neu für die SMUV-Sektion Zug und Umgebung. Zwar hatte man in den letzten Monaten die Zahl der Mitglieder fast verzehnfachen können und befand sich so grundsätzlich in einer starken Verhandlungsposition, aber mit Streiks hatte man bisher noch keine Erfahrung. Zudem wurde an verschiedenen Fronten gekämpft oder verhandelt. Neben dem Streik in der Glühlampenfabrik wurde bei der Metallwarenfabrik Zug und bei der Landis & Gyr über die Regelung der Akkordpreise verhandelt. In einem Schreiben der lokalen Sektion an den Zentralvorstand des SMUV wurde mitgeteilt: «Die Missstimmung ist allgemein[,] und von allen Seiten kommen Proteste und Aufforderungen zum energischen Vorgehen. Die Situation ist äusserst ernst. Jahre sind gearbeitet worden[,] um den dunklen Kanton Zug

<sup>25</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 190, 20. August 1918.

<sup>26</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 187, 16. August 1918.

<sup>27</sup> SozArch, SMUV-Archiv 07A-0073 (Teil 1), An den Zentralvorstand des Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, 13. August 1918.

<sup>28</sup> AfZ, IB LG-Archiv/262, Nicht gearbeitet am 17. August 1918.

<sup>29</sup> Zuger Volksblatt, 20. August 1918.

<sup>30</sup> SozArch, SMUV-Archiv 07A-0073 (Teil 1), Zentralvorstand des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, An die Bevölkerung und die Arbeiterschaft in Zug und Umgebung.

zu organisieren. [...] Es ist kein Zweifel, es handelt sich hier um eine Kraftprobe, es handelt sich um sein oder nicht sein [sic] der Organisation. Und diese darf nicht zu Grunde gehen.» Der SMUV ging davon aus, dass der Streik nicht lange dauern werde und man wegen der guten Auftragslage bei der Metallwarenfabrik und bei Landis & Gyr in einer guten Verhandlungsposition sei, weil die zwei Unternehmen dadurch auf die Arbeiter angewiesen seien.<sup>27</sup> So entwickelte man die Idee, dass die Gewerkschaftsmitglieder gemeinsam vorgehen sollten.

Am Freitag, 16. August, organisierte der SMUV eine sogenannte «Vertrauensmännerversammlung», die über das weitere Vorgehen und mögliche Massnahmen diskutierte. Es wurde beschlossen, dass sich die organisierte Arbeiterschaft von Zug am nächsten Tag, am Samstag, 17. August, um 7 Uhr in der Früh statt am Arbeitsplatz in der städtischen Turnhalle am Burgbach einfinden solle, um dort Referate von Walter Hirsbrunner als SMUV-Vertreter und von Konrad Ilg, dem Verbandsvorsitzenden und Vize-Präsidenten des OAK, anzuhören. Die Beteiligung an dieser Kundgebung war sehr gross. Bei Landis & Gyr wurden Listen erstellt, auf denen die Abwesenden notiert wurden, wobei einige krank gemeldet wurden, die grosse Mehrheit aber ohne Meldung fehlte. Auf diesen Listen finden sich 527 Namen,<sup>28</sup> was bedeutet, dass von den in diesem Jahr durchschnittlich 787 angestellten Personen nur gerade ein Drittel der Belegschaft die Arbeit aufnahm (Abb. 5). Bei der Metallwarenfabrik und bei der Verzinkerei waren es noch weniger Arbeiter, die zur Arbeit erschienen.<sup>29</sup> Die Solidaritätskundgebung für die Streikenden war eigentlich so geplant worden, dass die Arbeiterschaft um 9 Uhr ihre Arbeit wieder hätte aufnehmen können.<sup>30</sup> Es kam aber anders. Die Fabrikhallen von Landis & Gyr und der Metallwarenfabrik wurden geschlossen, die Arbeiter ausge-



Abb. 5 Montage und Prüfung von Gleichstromzählern bei Landis & Gyr in Zug, ca. 1920.

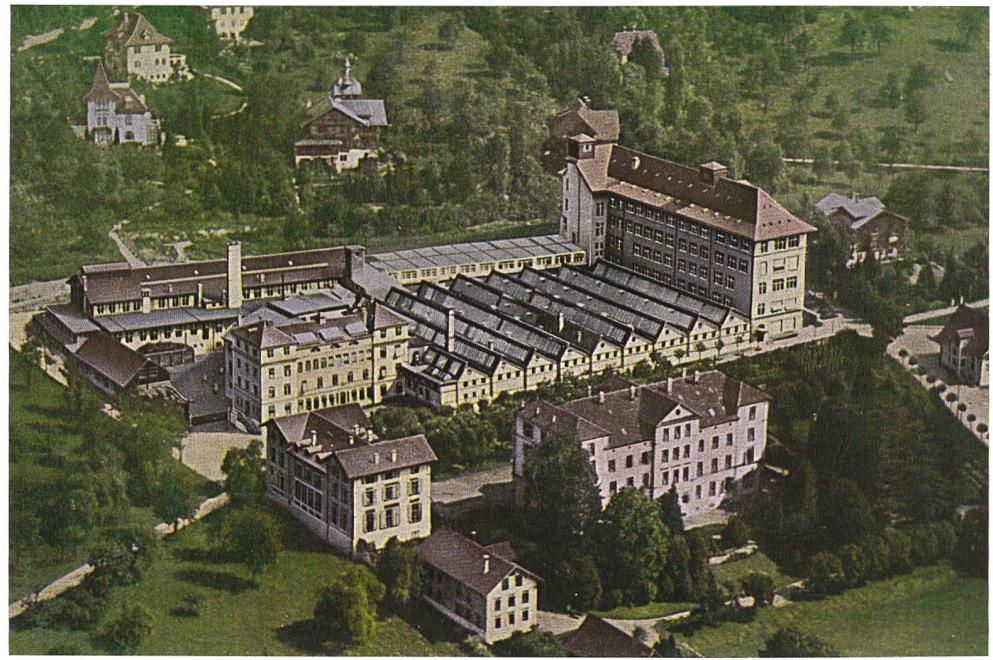


Abb. 6 Das Institut «Athene» (vorne rechts) und das Fabrikgebäude von Landis & Gyr an der Hofstrasse, ca. 1920.

sperrt und schliesslich entlassen. Die Firmen legten ihre Sicht der Dinge dar: «Die kündigungslose Arbeitsniederlegung ist ein Vertragsbruch, der uns berechtigt, das Anstellungsverhältnis sofort aufzulösen und uns für die Wiedereinstellung jedes Einzelnen alles Weitere vorzubehalten.»<sup>31</sup> Die Verzinkerei Zug verhängte keine Sanktionen und liess die Arbeiterschaft bereits am folgenden Montag, 19. August, wieder die Arbeit aufnehmen.<sup>32</sup>

Die Fabrikleitung von Landis & Gyr hatte bereits am Vortag von der Solidaritätskundgebung erfahren, und Verwaltungsratspräsident und Unternehmensleiter Karl Heinrich Gyr hatte sich umgehend mit einem Schreiben an die Stadtregierung, den Einwohnerrat der Stadt Zug, gewandt. Gyr legte dar, dass man die Löhne vor Kurzem um 20 Prozent erhöht und zudem einen Pensionsfonds gegründet habe. Den «berechtigten Forderungen» der Arbeiter wolle die Firmenleitung Folge leisten. In der Solidaritätskundgebung sah man aber schon im Vorhinein eine Provokation, gegen die man die Gemeinde um Unterstützung anfrage. Man befürchtete Gewalt und Sachbeschädigungen. Die Polizei sollte also die Arbeitswilligen und die Fabrik beschützen.<sup>33</sup>

Dem SMUV brachten die Unternehmensführungen der Metallwarenfabrik und von Landis & Gyr aus verschiedenen Gründen wenig Verständnis entgegen. Ihrer Meinung nach war es falsch, die Arbeit ohne Angabe von Gründen niederzulegen. Gegenüber diesen Firmen waren im Vorfeld der Veranstaltung auch keinerlei Forderungen erhoben worden. Die Mitteilung, dass die Arbeiterschaft erst um 9 Uhr zur Arbeit erscheinen werde, wurde erst nach dem üblichen Arbeitsbeginn um 6.30 Uhr übermittelt. Landis & Gyr teilte mit, dass man keine Differenzen mit der Arbeiterschaft gehabt habe und die Vertragsbedingungen nun einseitig gebrochen würden, was die Vertragsauflösung zur Folge habe. Zudem zeigte

man Unverständnis für die Wahl des Termins der Veranstaltung, da diese nach Meinung der Firmenleitung problemlos am regulär arbeitsfreien Samstagnachmittag hätte stattfinden können. Gleichzeitig deutete man aber an, dass es zu Wiedereinstellungen kommen könnte.<sup>34</sup> Offenbar war auch nicht die ganze Arbeiterschaft darüber im Bilde, dass ihr Wegbleiben vom Arbeitsplatz nicht rechtmässig war. Die «Zuger Nachrichten», das Parteiblatt der Katholisch-Konservativen, schrieben, dass nur «ein ganz verschwindend kleiner Teil der Arbeiterschaft» bewusst und zielorientiert gehandelt habe. Die anderen hätten sich durch die Bekanntgabe von Gewerkschaftsmitgliedern, dass die Arbeit offiziell erst um 9 Uhr aufgenommen werde, irreführen lassen, zudem habe es auch solche gegeben, die sensationslustig mitgemacht und ihr Wegbleiben im Nachhinein bereut hätten.<sup>35</sup>

Nach der unerwarteten Reaktion der Arbeitgeber war der SMUV im Zugzwang. Die Gewerkschaft suchte das Gespräch und schaltete auch das kantonale Einigungsamt ein. Die Firmen zeigten sich gesprächsbereit, stellten aber Bedingungen. In einer Erklärung verlangte Landis & Gyr, dass die Veranstaltung vom 17. August von der Gewerkschaft «als eine Provokation anerkannt und bedauert wird [...] und [dass] gegen die Wiederholung solcher Fälle Sicherheiten gegeben werden». Zudem wollte die Firma die Arbeiterschaft nach eigenem Bedarf einzstellen und in bestimmten Fällen auf die Wiedereinstellung verzichten.<sup>36</sup> Auf diese Forderungen ging die Gewerkschaft ein. Zudem versicherte sie, dass die Verant-

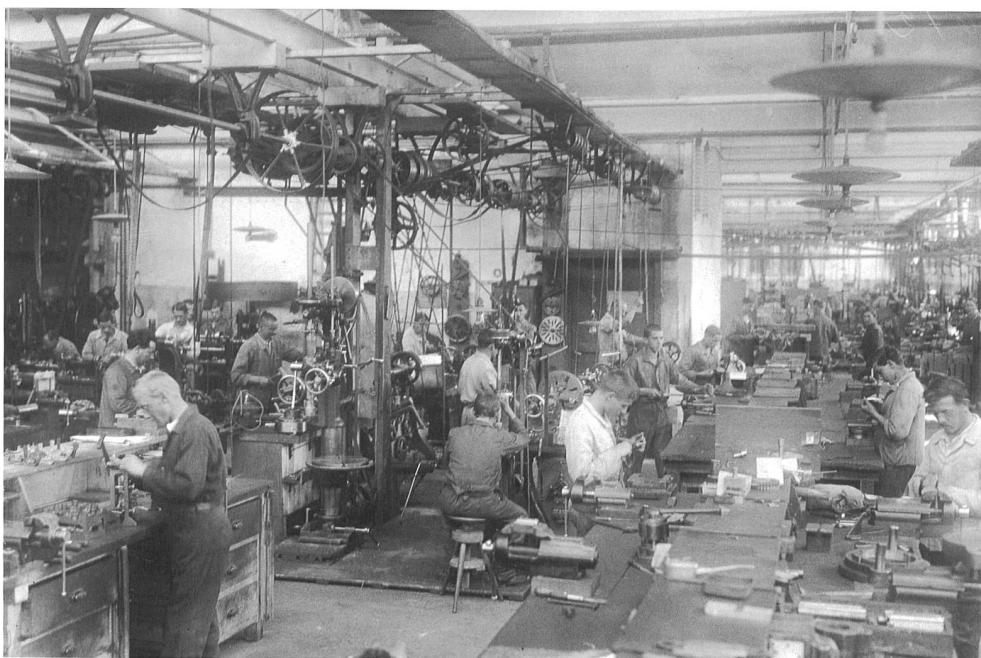
<sup>31</sup> Zuger Nachrichten und Zuger Volksblatt, 20. August 1918, Inserat «An die Bevölkerung des Kt. Zug», 17. August 1918.

<sup>32</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 190, 20. August 1918.

<sup>33</sup> StadtA Zug, A 4-2.18, An den Einwohnerrat, 16. August 1918.

<sup>34</sup> Zuger Nachrichten, 20. August 1918.

<sup>35</sup> Zuger Nachrichten, 20. August 1918.



*Abb. 7 Arbeiter der Abteilung Werkzeugmacherei von Landis & Gyr in Zug, ca. 1920.*

wortlichen gewerkschaftsintern gemässregelt würden. Schliesslich sollten Unstimmigkeiten und Forderungen direkt bei der Geschäftsleitung gemeldet und der Weg über die Presse und Flugblätter vermieden werden.<sup>37</sup> Unter diesen Voraussetzungen konnte vor dem Einigungsamt rasch eine Lösung erzielt werden, wobei der genaue Wortlaut der Einigung damals nicht an die Öffentlichkeit gelangte.<sup>38</sup> Bereits am Mittwoch, 21. August, wurde wieder gearbeitet, auch in der Glühlampenfabrik. In deren Fall verzichtete die Gewerkschaft ebenfalls auf die Umsetzung der eigentlichen Forderungen, die vor dem Streik gestellt worden waren, und akzeptierte die Entlassung jener drei Arbeiterinnen, die für ihre gewerkschaftliche Agitation im Betrieb zur Verantwortung gezogen wurden.<sup>39</sup>

Der sozialdemokratische «Centralschweizerische Demokrat» informierte ausführlich über diese Auseinandersetzung, auf jeden Fall solange man sich im Recht wähnte. Über den Streik in der Glühlampenfabrik wurde fast täglich berichtet, nicht aber über die Vorkommnisse im Nachgang zur Solidaritätsveranstaltung. Diese wurden nur kurz erwähnt und die Verantwortung für den Misserfolg der christlichsozialen Gewerkschaft zugeschoben. Mit der Analyse der Ereignisse liess man sich Zeit. Erst am 31. August folgte ein längerer Artikel. Darin gelangte der Autor zum Schluss, dass die «Zuger Be-

wegung [...] reich an Belehrung nach allen Seiten hin [sei]. Die Unternehmer und die Gewerkschaft haben nun ihre Kräfte gemessen, und es dürften beide Parteien zur Einsicht gelangt sein, dass es vorteilhafter ist, die wirtschaftlichen Forderungen auf dem Unterhandlungswege zu erledigen. Die Zuger Arbeiterschaft ist um die Erfahrung reicher geworden, dass es sich bei den Christlichen nicht um eine Organisation für die wirtschaftliche Besserstellung, sondern um eine Streikbrecherorganisation handelt. Jeder rechtschaffende Arbeiter und Arbeiterin muss sich dies stets eingedenk bleiben und treu zu unserer Organisation stehen, die allein im Stande ist, eine Besserstellung zu erringen».<sup>40</sup>

Der Streik von Mitte August endete also in einer Niederlage für die Gewerkschaft SMUV. Statt auf dem Werkplatz Zug erfolgreich Stärke zu zeigen, musste man den Fabriken verschiedene Zugeständnisse machen. Dank der Verhandlung vor dem Einigungsamt des Kantons Zug, verbunden mit dem Interesse der Unternehmen, ihr Personal behalten zu können, konnte immerhin erreicht werden, dass fast alle entlassenen Arbeiter ihre Anstellung wieder bekamen.<sup>41</sup> Lediglich die drei Arbeiterinnen, die im Anschluss an den Streik bei der Glühlampenfabrik entlassen wurden, hatten es in der Folge schwer. Sie fanden mindestens bis im März 1919 keine Stelle in der Region Zug. Die Gewerkschaft ging daher davon aus, dass von den Firmen eine schwarze Liste geführt werde.<sup>42</sup>

## Der Landesstreik in Zug

Die Ereignisse während des eigentlichen Landesstreiks im November 1918 blieben in der Stadt Zug ziemlich überschaubar und beschränkten sich auf den Montag und Dienstag, 11. und 12. November. In der Vorbereitung auf den angekündigten Landesstreik entschied der Zuger Regierungsrat, Truppen

<sup>36</sup> AfZ, IB LG-Archiv/353, Landis & Gyr, Erklärung.

<sup>37</sup> AfZ, IB LG-Archiv/353, Erklärung der Leitung des Schweiz. Metall- & Uhrenarbeiterverbandes, 20. August 1918.

<sup>38</sup> Zuger Volksblatt, 22. August 1918.

<sup>39</sup> Zuger Volksblatt, 22. August 1918.

<sup>40</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 200, 31. August 1918.

<sup>41</sup> Zuger Volksblatt, 22. August 1918, Arbeiteraufstand in der Schweiz. Glühlampenfabrik A.-G. Zug, der Metallwarenfabrik A.-G. Zug und in der Firma Landis & Gyr A.-G. in Zug.

<sup>42</sup> AfZ, IB LG-Archiv/354, An die Firma Landis & Gyr, 4. März 1919.

für allfällige Auseinandersetzungen aufzubieten. Über die Presse informierte man die Bevölkerung in einem Aufruf «An das Zugervolk» darüber, dass das Zuger Landsturmbataillon 48 auf Pikett gestellt worden sei. Die kantonale Militär- und Polizeidirektion wolle die Ereignisse abwarten und situativ über dessen Einsatz entscheiden. In diesem Aufruf wurde auch erwähnt, dass die Arbeitswilligen beschützt werden sollten und dass für Ordnung gesorgt werde.<sup>43</sup>

Die streikwilligen Zugerinnen und Zuger legten ihre Arbeit am Montagnachmittag nieder. Laut den «Zuger Nachrichten» wurde eine «Riesendemonstration» auf dem Postplatz angekündigt, an der aber nur etwa 200 Personen teilgenommen hätten.<sup>44</sup> Der Aufruf zur Teilnahme an dieser Riesendemonstration wäre eigentlich breit abgestützt gewesen. Die Zuger Sektionen der Arbeiterorganisationen riefen auf einem Flugblatt gemeinsam zum Streik auf. Den Aufruf unterzeichneten der Vorstand der Arbeiter-Union, die Sozialdemokratische Partei, die Metallarbeitergewerkschaft, der Holzarbeiter-Verband, der Verband schweizerischer Zimmerleute, der Maler- und Gipser-Verband und der Schneider-Verband.<sup>45</sup>

Das «Zuger Volksblatt» berichtete, dass in den Fabriken «vom ersten Tage an dank des Schutzes der Arbeitswilligen sozusagen voll gearbeitet» wurde.<sup>46</sup> In diesem Punkt lag die freisinnige Zeitung wohl richtig. Von den grösseren Fabriken kann man lediglich für die Arbeiterschaft von Landis & Gyr eine Streikbeteiligung nachweisen. Am 11. und 12. November sind lediglich für 179 der insgesamt rund 787 Beschäftigten Absenzen nachzuweisen, wobei nicht alle während der gesamten Arbeitszeit fernblieben. Die Teilnahme am Streik löste man bei Landis & Gyr ziemlich pragmatisch: Wer am Landesstreik teilnehmen wollte, der durfte sich melden und unbezahlt freinehmen.<sup>47</sup>

Dass der Generalstreik – wie das liberale «Zuger Volksblatt» seine Leser glauben machen wollte – «ohne nennenswerte Weiterungen [= unangenehme Folgen]»<sup>48</sup> vorübergegangen sei, ist aber nicht ganz richtig. Neben der fehlgeschlagenen Demonstration auf dem Postplatz gab es rund um den Bahnhof Zug kleinere Auseinandersetzungen. Wie oben erwähnt, streikte das Bahnpersonal in der Deutschschweiz und auch in Zug. Ein Lokomotivführer unterbrach die Fahrt von Luzern nach Zürich und liess seinen Zug einfach im Bahnhof Zug stehen. Das «Zuger Volksblatt» wollte die lokalen Gewerkschaftsführer für diese Handlung verantwortlich machen, wogegen sich der «Centralschweizerische Demokrat» entschieden wehrte. Dort wurde dargelegt, dass der Stationsvorstand von Zug bestätigt habe, dass der Lokführer aus eigenem Antrieb gehandelt habe.<sup>49</sup>

Ein weiteres erwähnenswertes Ereignis an diesem Tag war der Übergriff eines Soldaten des Landsturmbataillons 48 auf Zivilisten. Laut «Centralschweizerischem Demokrat» hatte dieser Soldat zuerst einige Passanten mit Sticheleien provoziert und schliesslich einen jungen Mann, der sich offenbar über den Zugsverkehr erkundigen wollte, «ohne Grund

mit Faustschlägen und Fusstritten blutig traktiert, sodass der selbe in ärztliche Pflege gegeben werden musste». Neben der Darlegung dieses Vorfalls warf die Zeitung den bürgerlichen Blättern vor, sich gezielt über diese Vorfälle auszuschweigen.<sup>50</sup> Es ist wahrscheinlich, dass dieser Vorfall auch in einer späteren Ausgabe behandelt wurde. Dabei wurde behauptet, dass es sich bei dem jungen Mann um einen Tessiner gehandelt habe, der in den Armeedienst hätte einrücken sollen und sich über die nächstmögliche Fahrgelegenheit erkundigte. Dabei sprach er offenbar kein Deutsch und als er zur besseren Verständigung nach seinem Marschbefehl suchte, soll er «ein paar Ohrfeigen» erhalten haben.<sup>51</sup> Eine Woche später wurde der Vorfall auch in den «Zuger Nachrichten» beiläufig angesprochen, wo das Geschehnis nicht abgestritten, aber den streikenden Arbeitern ebenfalls Provokationen vorgeworfen wurden.<sup>52</sup>

Im Zuger Kantonsrat nahm der Landesstreik mehr Raum ein, als es die wenigen Vorfälle in Zug erwarten liessen. Dem sozialdemokratischen Kantonsrat Heinrich Gallmann (1869–1937) wurde in der Sitzung vom 28. November unterstellt, er habe nicht nur den Streik unterstützt, sondern sogar die Revolution gewollt. Gallmann entgegnete, dass er die Revolution ablehne und die sozialdemokratischen Forderungen auf gesetzlichem Wege durchsetzen könne.<sup>53</sup> Der Vorwurf, eine kommunistische Revolution anzetteln zu wollen, wurde damals in bürgerlichen Kreisen sehr häufig erhoben. Die historische Forschung konnte diese Anschuldigung jedoch entkräften: Auch wenn Einzelne dieses Ziel verfolgt haben mochten, erfuhren sie keine Unterstützung.<sup>54</sup> Von bürgerlicher Seite wurde schliesslich der Einsatz der Armee gelobt, da so Ruhe und Ordnung habe aufrechterhalten werden können. Nach dem Eindruck von Kantonsrat Gallmann führten die Truppenverschiebungen zur Bekämpfung des Landesstreiks allerdings zu einer Verschlimmerung der Grippe-epidemie, und er machte den Bundesrat für weitere Grippe-tote verantwortlich. Dieser Vorwurf sorgte für eine solche Empörung im Rat, dass Gallmanns Votum im Lärm unterging und nicht bis zum Ende protokolliert werden konnte.<sup>55</sup>

Der Landesstreik löste viele Reaktionen aus. Als direkte Reaktion auf das Ereignis ist unter anderem die verstärkte Organisation bürgerlicher Privatpersonen zu beurteilen, die

<sup>43</sup> Zuger Volksblatt sowie Zuger Nachrichten, 12. November 1918, Aufruf des Regierungsrates des Kt. Zug. An das Zugervolk. 11. November 1918.

<sup>44</sup> Zuger Nachrichten, 14. November 1918.

<sup>45</sup> StAZG, G 199.6, Arbeiter-Union Zug: Aufruf Riesendemonstration.

<sup>46</sup> Zuger Volksblatt, 14. November 1918.

<sup>47</sup> AfZ, IB LG-Archiv/262, Streikende am 11. November nachmittags bis 12. November 1918.

<sup>48</sup> Zuger Volksblatt, 14. November 1918.

<sup>49</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 270, 27. November 1918.

<sup>50</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 270, 27. November 1918.

<sup>51</sup> Centralschweizerischer Demokrat, Nr. 276, 4. Dezember 1918.

<sup>52</sup> Zuger Nachrichten, 10. Dezember 1918.

<sup>53</sup> Horat 2006, 325.

<sup>54</sup> Buomberger 2014, 342.

<sup>55</sup> Horat 2006, 325.

sich auf die Seite des Staates stellten. Weil sie eine bolschewistische Revolution befürchteten, organisierten sie sich in Bürgerwehren. Während es in einigen Städten, etwa in Zürich oder Basel, schon solche Organisationen gab, war die Gründung von Volkswehren in der Innerschweiz eher ein neues Phänomen. Der Bundesrat überliess es den Kantonen, wie sie mit den auf Privatinitiative hin gegründeten Vereinigungen verfahren wollten. In Zürich und Basel gab es schliesslich Bürgerwehren, die bei Streikbewegungen die Ordnungskräfte unterstützten.<sup>56</sup> Als es in Luzern zur Gründung einer solchen Gruppierung kam, erkundigte sich die Stadt Luzern bei anderen Gemeinden, wie diese mit diesem Phänomen umgingen. Man wollte unter anderem erfahren, in welchem Rechtsverhältnis die Bürgerwehr zur Behörde stehe, welche Garantien die Regierung in Fällen von Körperverletzungen bei Freiwilligeneinsätzen für die Bürgerwehr gebe, und ob den Volkswehren Waffen zur Verfügung gestellt würden.<sup>57</sup> Bis zum Frühjahr 1919 gab es in der Stadt Zug keine Bürgerwehr. Im April meldete sich aber ein «Einwohnerverein Zug» beim Stadtpräsidium und teilte diesem mit, dass eine Volkswehr zur «Abwehr der bolschewisti[sch]-kommunistisch-revolutionären Gefahr» gegründet worden sei. Man ersuchte um Gutheissung durch die Regierung, damit «die Volkswehr Zug auf gesetzlichem Boden stehen kann»<sup>58</sup> (s. Anhang).

## Einordnung der Ereignisse

Die Historiker Rudolf Jaun und Tobias Straumann weisen in neusten Forschungen darauf hin, dass sich in der Beurteilung des Landesstreiks verschiedene Narrative verbreitet haben,

<sup>56</sup> Buomberger 2014, 355.

<sup>57</sup> StadtA Zug, A 4-2.29, An die Gemeinde-Behörde von Zug, 28. Dezember 1918.

<sup>58</sup> StadtA Zug, A 4-2.29, An den Herren Präsidenten der Stadtgemeinde Zug, 30. April 1919.

<sup>59</sup> Jaun/Straumann 2016, 22.

<sup>60</sup> AfZ, IB LG-Archiv/142, Bilanz und Jahresbericht der Landis & Gyr A.-G. in Zug pro 1918/19.

die es zu hinterfragen gelte. Im einen Narrativ werde die fortschreitende Verarmung der Bevölkerung als eine direkte Ursache für den Landesstreik genannt. Jaun und Straumann halten aber entgegen, dass sich die finanzielle Lage der Arbeiterschaft bereits im Sommer 1918 stabilisiert habe.<sup>59</sup> Für die Region Zug lässt sich feststellen, dass diese These zutrifft. Die Arbeiterschaft erkämpfte sich in diesem Sommer Lohn erhöhungen von bis zu 20 Prozent und weiterführende Teuerungsausgleiche. Zudem wurden sich auch Fabrikbesitzer ihrer Verantwortung verstärkt bewusst und förderten den Bau von Arbeiterwohnungen, gründeten Betriebskrankenkassen<sup>60</sup> oder stellten unbebaute Firmengrundstücke zur Bepflanzung zur Verfügung.

Für Zug lässt sich zudem feststellen, dass die allgemeine Stimmung im Vorfeld des Landesstreiks nicht sehr aufgeheizt war. Der Historiker Thomas Buomberger betont in einer Untersuchung, dass der Grad der gewerkschaftlichen Organisation sowie eine gewerkschaftliche Tradition in einer Region wesentlich darüber bestimmt hätten, wie stark sich die Arbeiterschaft am Landesstreik beteiligt habe. Dieser Kausalzusammenhang konnte auch für Zug festgestellt werden. Die zugerische SMUV-Sektion erhielt erst im Jahr 1918 durch die vielen Eintritte eine grössere Bedeutung und wies somit einen hohen Organisationsgrad der Arbeiterschaft aus. Eine gefestigte gewerkschaftliche Tradition lässt sich hingegen nicht nachweisen. Die Gewerkschaft verzeichnete mit steigenden Mitgliederzahlen in Verhandlungen durchaus Erfolge: Es konnten Arbeitszeitverkürzungen und Teuerungszulagen erreicht werden. Den Erfolgen steht mit dem naiven Verhalten beim Streik in der Glühlampenfabrik ein Negativerlebnis gegenüber. Man kann davon ausgehen, dass diese Erfahrung einen dämpfenden Einfluss auf die Teilnahme am Landesstreik hatte. Um eine rasche Einigung zu erzielen, machte die Gewerkschaft zahlreiche Zugeständnisse. Dies führte schliesslich zu einer besseren Verhandlungskultur zwischen den Firmen und der Gewerkschaft und entschärfe die zuvor angespannte Situation.

## Anhang

### «... der roten Flut entgegentreten»

Zuger Bürgerwehren und antibolschewistische Einwohnervereine 1918–1921

Sozialistische Agitation, Revolutionsrhetorik, Unruhe in der Armee, Arbeitskämpfe bis hin zum Landesstreik im November 1918 und zusammenbrechende, im Chaos versinkende Nachbarstaaten verängstigten das Bürgertum auch in der Schweiz zutiefst. Die herkömmliche Ordnung war bedroht, ein bolschewistischer Umsturzversuch scheinbar bevorstehend. Zwar hielten Bundesrat und Armee dagegen. Die Revo-

lutionsfurcht im Bürgertum war jedoch grösser als das Vertrauen in die staatliche Widerstandskraft. Selbsthilfe in Gestalt bewaffneter Bürgerwehren sollte dazu beitragen, die scheinbar schwankende Gesellschaftsordnung vor dem Zusammenbruch zu bewahren.<sup>1</sup>

Auch im Kanton Zug schätzte man die Lage vergleichbar ein. Vom Aufruf des Schweizerischen Alpenclubs (SAC) «an alle gutgesinnten Schweizerbürger», «gegen jede fremde Einmischung in schweizerische Angelegenheiten Stellung zu

<sup>1</sup> Buomberger 2014, 355.

nehmen und gute Schweizerart und Schweizersitte wieder mehr als je [...] zu fördern», sah sich auch die Zuger SAC-Sektion angesprochen. Auf ihre Initiative hin trafen sich während des Landesstreiks, am 13. November, Vertreter des Zuger Stadtrats, «sämtlicher in Betracht fallenden städtischen Vereine» und der bürgerlichen politischen Parteien, darunter der freisinnige Regierungs- und Nationalrat Hermann Stadlin-Graf. Es ging dabei um die Aufstellung von Bürgerwehren, um «Gesetz und Ordnung» und darum, «die Bürgerschaft» gegen «aufrührerische Gruppen» zu schützen. Die «von patriotischem Geiste» getragene Vereinigung entschied, an einer späteren Volksversammlung konkrete Beschlüsse zu fassen.<sup>2</sup>

Auch der kantonale Landwirtschaftliche Verein wurde – angeregt durch den schweizerischen Bauernverband – aktiv. Federführend war Josef Stutz, Vorstandsmitglied, Direktor der kantonalen landwirtschaftlichen Schule und später katholisch-konservativer Nationalrat. Er entwarf ein Aktionsprogramm, das indes «keine eigentliche Bürgerwehr, sondern einen engen Zusammenschluss aller national denkenden Einwohner» vorsah.<sup>3</sup> Diese versammelten sich am 28. Dezember 1918 im Gasthaus Post in Zug: «Es fanden sich ein die führenden Männer aus den Gemeinden, die Vertreter der Industrie und der verschiedenen Vereine und Verbände des Kantons, welche auf nationalem Boden stehen.»<sup>4</sup> Die Teilnehmer waren prominent: Regierungsrat Josef Plazidus Steiner, Heinrich Alois Keiser, Geistlicher und Rektor der Kantonschule, Gemeindepräsidenten, Polizeipräsidenten, Gemeinde- und Kantonsräte, der christlichsoziale Arbeitersekretär, Liberale und Konservative, die nicht zum ersten Mal ihre Gegensätze zurückstellten, um gemeinsam der neuen Gefahr von links zu widerstehen. Stark präsent waren Gewerbe und Landwirtschaft, kaum vertreten offenbar die Industriellen. Man sprach darüber, dass man sich organisieren müsse, «um der roten Flut entgegentreten zu können», forderte eine Volks- oder Bürgerwehr und wollte wegen der «Abgabe von Waffen» an die Militärdirektion gelangen. Dagegen wandte sich der ebenfalls anwesende Redaktor der konservativen «Zuger Nachrichten», der spätere Bundesrat Philipp Etter, der eine Kollision zwischen Militär und Volkswehr befürchtete. Man diskutierte aber auch, wie die Arbeiterschaft durch eine AHV und die Förderung von Eigenheimen unterstützt

<sup>2</sup> Zuger Nachrichten, Nr. 139, 19.11.1918. Das betreffende Vorstandprotokoll der Zuger SAC-Sektion äussert sich nicht dazu, StAZG, P 46.13.

<sup>3</sup> Protokoll des Vorstands des kantonalen landwirtschaftlichen Vereins, 20.12.1918, StAZG, P 76.4.

<sup>4</sup> Protokoll der Versammlungen des kantonalen landwirtschaftlichen Vereins, 28.12.1918, StAZG, P 76.4.

<sup>5</sup> StAZG, P 76.4, Protokoll der Versammlungen des kantonalen landwirtschaftlichen Vereins, 28. Dezember 1918 (Zitate). – Zuger Volksblatt, Nr. 156, 31.12.1918. – Central schweizerischer Demokrat, Nr. 3, 4.1.1919, und Nr. 6, 8.1.1919.

<sup>6</sup> Buomberger 2014, 355.

<sup>7</sup> Gesetz betr. das Gemeindewesen vom 20. November 1876, Art. 41, Abs. 1. – Das Recht bestand bis zum neuen Gemeindegesetz von 1980.

<sup>8</sup> Morosoli 2014, 121f.

werden könnte. Schliesslich wählte man ein kantonales, von Direktor Stutz geleitetes Aktionskomitee mit Vertretern aus allen Gemeinden, das die Sache weiterverfolgen sollte.<sup>5</sup>

Trotz der starken persönlichen Präsenz von Behördenmitgliedern in der Versammlung waren die Behörden als Institutionen skeptisch gegenüber der angebotenen Hilfe aus dem Bürgertum und der Bauernschaft,<sup>6</sup> auch wenn dafür eine gesetzliche Grundlage bestand. Das Zuger Gemeindegesetz gab nämlich den Einwohnerräten das Recht, zum Schutz von Personen und Eigentum gegen Gewalttaten «Bürger-Wachen» anzurufen.<sup>7</sup> Letztmals wurden solche Bürgerwehren wegen der allgemeinen Unsicherheit beim Kriegsausbruch 1914 aufgestellt.<sup>8</sup> Der Regierungsrat sympathisierte mit der Initiative, wollte sich aber vorläufig nicht offiziell dazu äussern. Auch der fünfköpfige Zuger Stadtrat, in dem seit Anfang 1919 erstmals auch ein Sozialist sass, schien zwar mehrheitlich dem Ansinnen zugeneigt zu sein, wurde aber nicht selbst aktiv, ebenso der Unterägerer Einwohnerrat, der die Sache den bürgerlichen Parteien überlassen wollte.<sup>9</sup>

In der Folge der antirevolutionären Bewegungen im bürgerlichen Lager wurden ähnlich wie in vielen anderen Kantonen auch in Zug sogenannte Einwohnervereine gegründet, die sich im gleichzeitig entstandenen Schweizerischen Vaterländischen Verband (SVV) national vereinigten.<sup>10</sup> Neben einem kantonalen Verein entstanden gemeindliche Sektionen in Oberägeri, Zug und Cham und wohl auch noch in anderen Gemeinden.<sup>11</sup> Es hing letztlich weitgehend vom Engagement der einzelnen Vertreter im kantonalen Aktionskomitee ab, ob in ihrer Gemeinde eine Sektion entstand oder nicht.

Besonders aktiv waren die Stadtzuger unter der Führung des Schuldirektors Josef Stutz, der am 20. Januar 1919 im Hotel Hirschen «neine grosse Anzahl national gesinnter Einwohner» mit einer «von patriotischem Geist getragenen Ansprache» zur konstituierenden Generalversammlung begrüsste. Schon vorgängig hatten sich 235 Personen angemeldet.<sup>12</sup> Wesentliches Vereinsziel war «ein gemeinsames Arbeiten der auf nationalem Boden stehenden politischen Parteien», also die Bildung eines Bürgerblocks. Dieser zeigte sich in der Zusammensetzung des neu gewählten Vorstands: Präsident wurde der Konservative Josef Stutz, ihm zur Seite standen unter anderen Kantonsingenieur Franz Josef Müller, ebenfalls

<sup>9</sup> StAZG, F 1.104, Protokoll Regierungsrat, 28. Dezember 1918. – Stadta Zug, F.1-1.19, Protokoll Stadtrat Zug, 3. Mai 1919. – GA Unterägeri, A 9/37, Protokoll Einwohnerrat Unterägeri, 19. April 1919.

<sup>10</sup> Buomberger 2014, 355–357.

<sup>11</sup> Gründung des Oberägerer Einwohnervereins am 12. Januar 1919 (Zuger Volksblatt, Nr. 5, 14.1.1919); Gründung des Zuger Einwohnervereins am 20. Januar 1919 (Zuger Nachrichten Nr. 9, 23.1.1919; Zuger Volksblatt Nr. 9, 23.1.1919); Erwähnung eines Chamer Einwohnervereins Ende März 1919 (Zuger Volksblatt Nr. 38, 1.4.1919). – In der grossen Industriegemeinde Baar fehlen im Einwohnerratsprotokoll Hinweise auf eine lokale Sektion (Mitteilung von Gemeindearchivar Philippe Bart, 12. Juni 2018). 1921 ist im Regierungsrat die Rede davon, dass «in beinahe sämtlichen Gemeinden» Einwohnervereine entstanden seien (StAZG, F 1.109, Protokoll Regierungsrat, 4. August 1921).

<sup>12</sup> Zuger Volksblatt Nr. 9, 23.1.1919.

konservativ, aber auch der freisinnige Jurist Albert Meyer, später Regierungs- und Nationalrat, oder der ebenfalls freisinnige Albert Uttinger, Direktor der im August 1918 bestreikten Schweizerischen Glühlampenfabrik in Zug. Der spätere konservative Bundesrat Philipp Etter wurde als einer der Delegierten in den kantonalen Verein gewählt.<sup>13</sup>

Weiter wollte der Verein «den Schutz des Rechtes zur körperlichen und geistigen Arbeit, die Hebung und Sicherung der Lebensmittelproduktion, des Handwerks und Gewerbes, die Unterstützung der Industrie, den Schutz der rechtmässig gewählten Behörden und die Sicherung der öffentlichen Ordnung; er will die Organisation einer Volkswehr». Bezeichnend ist, dass man für sich in Anspruch nahm, für «das Schweizervolk» insgesamt zu sprechen, das sich gegen den unheil-drohenden und verwüstenden internationalen Bolschewismus wehren müsse, und damit alle nicht «Nationalgesinnten» als unschweizerisch ausgrenzte:<sup>14</sup> «Jeder vernünftig Denkende hat ein grosses Interesse daran, diesen «Wühlarbeitern» mit aller Energie entgegen zu treten.»<sup>15</sup>

Entschieden nationalistisch und antibolschewistisch gesinnt waren alle Einwohnervereine. Die verbale Militanz führte vorerst aber nur in der Stadt Zug in Richtung realer Ausrüstung in Form einer Volks- oder Bürgerwehr. Schon im November oder Dezember 1918 gab es Vorbereitungen dazu. Die Stadt wurde in Kreise eingeteilt, denen jeweils ein Chef vorstand.<sup>16</sup> Im Frühjahr 1919 orientierte der städtische Einwohnerverein den Stadtrat, dass er zur «Abwehr der bolschewisti[sch]-kommunistisch-revolutionären Gefahr» eine «Volkswehr» gebildet habe, und ersuchte um die Genehmigung, die aber vorerst ausblieb.<sup>17</sup>

Da die von den Bürgerlichen befürchtete Revolution nicht kam, konzentrierte sich der städtzgerische Einwohnerverein gleich wie die anderen Einwohnervereine auf den antibolschewistischen Meinungskampf, auf «Aufklärung und Propaganda», dies vorwiegend in den Kreisen der vermeintlich irregeführten Arbeiterschaft: «Einem grossen Teil unserer Arbeiterklasse fehlt die richtige, gute, geistige Kost; sie hat keine Blätter oder liest nur solche Presse, die unzufrieden stimmt und bolschewistisch wirkt. Das Volk aber soll politisch wahr aufgeklärt werden.» Deshalb wollte der Verein jeweils die Samstagausgaben der lokalen bürgerlichen Blätter «frei in den Arbeiterkreisen» verteilen. Geld dazu war reich-

lich vorhanden. Private, Behörden und Firmen, darunter die Zuger Kantonalbank, spendeten grosszügig.<sup>18</sup> Grossen Wert legten die Einwohnervereine auf Meinungsbildung. Im Februar 1919 referierte zum Beispiel in Zug ein Auslandschweizer über seine Erlebnisse im revolutionären Russland, im April ein Zürcher Rechtsanwalt über den Bolschewismus und den Vaterlandsgedanken.<sup>19</sup> Themen waren aber auch das «Schweizerhaus und Schweizerheim», Massnahmen gegen die Wohnungsnot oder die Abgabe von Pflanzland an Arbeiter, um diesen damit zugleich eine patriotische Gesinnung einzupflanzen, denn «diese Beschäftigung und ein solcher Besitz machen zufrieden, vaterländisch gesinnt, halten vom Wirtshaus ab und bringen Glück ins Haus. Es blühe neues Leben aus den Ruinen und eine friedliche Stimmung werde an Stelle der revolutionären Platz greifen.»<sup>20</sup>

Die grösste öffentliche Aufmerksamkeit erreichten die Einwohnervereine mit einem Denkmal für die 21 im Aktivdienst 1914–1919 gestorbenen Zuger Wehrmänner. Der Oberägerer Verein regte das Gedenken an, der kantonale Einwohnerverein inszenierte den Anlass. Am Bundesfeiertag 1919 wurde in einer patriotischen, sakral-militärischen Feier bei der Kirche Haselmatt nahe des Morgarten-Schlachtdenkmales mit grossem Pomp eine kleine Gedenktafel eingeweiht. Viel Volk erschien, Behörden, Vereine und die Geistlichkeit erwiesen die Ehre, die Zuger Truppen marschierten auf, und «über den Häuptern der Festgemeinde kreiste [...] in majestatischem Fluge» ein Geschwader von drei Doppeldeckern der neuen Flugwaffe.<sup>21</sup>

Danach traten die Einwohnervereine in den Hintergrund, waren aber noch bis Anfang der 1920er-Jahre aktiv, ehe sich ihre Spuren verlieren.<sup>22</sup> Insbesondere entwickelten sie den Plan weiter, der das Hauptmotiv ihrer Gründung gewesen war: die Aufstellung einer bewaffneten Volks- oder Bürgerwehr. Anfang August 1921 genehmigte der Regierungsrat auf Gesuch des kantonalen Vereins die Organisation einer Bürgerwehr, die bei Bedarf in den Gemeinden rasch aktiv werden konnte. Zwar habe sich «bei besonnener Elementen der Bevölkerung, welche damals [= bei Kriegsende] Anlass zu Befürchtungen gaben, sich nach und nach etwelche Beruhigung eingestellt», doch sei festzustellen, «dass unbesonnene, meist jugendliche Personen durch Kommunisten oder andere staatsfeindliche Personen [...] in bedenklichem Masse

<sup>13</sup> Zuger Volksblatt Nr. 9, 23.1.1919. Parteipolitische Zuordnungen gemäss Zuger Personen- und Ämterverzeichnis, Ausgabe 2018, Online-Publikation des Staatsarchivs Zug.

<sup>14</sup> Zuger Volksblatt Nr. 9, 23.1.1919.

<sup>15</sup> Zuger Nachrichten Nr. 9, 23.1.1919.

<sup>16</sup> StAZG, F.1.104, Protokoll Regierungsrat, 28. Dezember 1918. – StadtA Zug, F.1-1.18, Protokoll des Zuger Stadtrats, 21. Dezember 1918.

<sup>17</sup> StadtA Zug, F.1-1.19, Protokoll des Zuger Stadtrats, 3. Mai und 20. Mai 1919. – StadtA Zug, A.4-2.29, Brief Einwohnerverein Zug an den Stadtrat, 30. April 1919.

<sup>18</sup> Zuger Volksblatt Nr. 62, 27.5.1919 (Bericht über die erste Generalversammlung des Einwohnervereins Zug).

<sup>19</sup> Zuger Nachrichten Nr. 20, 18.2.1919. – Zuger Volksblatt Nr. 50, 29.4.1919.

<sup>20</sup> Zuger Volksblatt Nr. 62, 27.5.1919.

<sup>21</sup> Zuger Volksblatt Nr. 66, 5.6.1919; Nr. 89, 31.7.1919; Nr. 91, 4.8.1919. – Zuger Nachrichten Nr. 67, 7.6.1919; Nr. 91, 4.8.1919.

<sup>22</sup> In Zug zum Beispiel trat der städtische Einwohnerverein 1920 und 1921 als Mitorganisator der Bundesfeier am 1. August auf, danach nicht mehr (Zuger Volksblatt, Nr. 88, 29.7.1920; Nr. 91, 30.7.1921). Am grossen Zuger Soldatentag 1924 zur Erinnerung an den Aktivdienst traten die Einwohnervereine nicht in Erscheinung (Zuger Volksblatt Nr. 130, 28.10.1924. – Zuger Nachrichten Nr. 129, 27.10.1924).

<sup>23</sup> StAZG, F.1.109, Protokoll Regierungsrat, 4. August 1921.

aufgereizt werden, mit allen möglichen, aber gesetzlich unzulässigen Mitteln einen Umsturz herbeizuführen». Deshalb sei es angebracht, sich schon jetzt und nicht erst in der Zeit von Not und Gewalt auf Unruhen und Aufstände vorzubereiten, und dafür sei eine Bürgerwehr ein geeignetes Instrument.<sup>23</sup> Es blieb bei der Vorbereitung, zum Einsatz kam sie nie.

<sup>24</sup> StadtA Zug, F.1-1.19, Protokoll des Zuger Stadtrats, 3. Mai und 20. Mai 1919. – F.1-1.21 Protokoll der Zuger Stadtrats, 20. August 1921.

Der Zuger Stadtrat stimmte dem Entscheid des Regierungsrats mit 4 gegen 1 Stimmen zu. Die Gegenstimme kam sehr wahrscheinlich von Heinrich Gallmann, der seit 1919 als erster Sozialdemokrat Mitglied der Stadtrat-Zuger Exekutive war. Der schrittweise Einbezug des Gegners in die Entscheidungsprozesse brachte bei der «Abwehr der bolschewistisch-kommunistisch-revolutionären Gefahr»<sup>24</sup> letztlich mehr Ruhe und Sicherheit als die Aufrüstung durch Bürgerwehren.

*Renato Morosoli*

## Quellen und Literatur

### Ungedruckte Quellen

*Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich [AfZ]*

IB LG-Archiv (Institutioneller Bestand Landis & Gyr-Archiv)

IB ASM-Archiv (Institutioneller Bestand Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller)

*Stadtarchiv Zug [StadtA Zug]*

A 4-2.18

A 4-2.29

A 4-4.49

F.1-1.19 und 21, Protokoll des Zuger Stadtrats, 1991 und 1921

*Schweizerisches Sozialarchiv [SozArch]*

SMUV-Archiv, 07A-0073 (Teil 1)

*Staatsarchiv Zug [StAZG]*

F.1.104 und 109, Protokoll des Regierungsrats, 1919 und 1921

G 199.6, Generalstreik vom 11. November 1918, Gesammelte Zeitungsartikel und Flugblätter

P 76.4, Protokoll des Vorstands des kantonalen landwirtschaftlichen Vereins, 1913 bis 1929

### Gedruckte Quellen

Centralschweizerischer Demokrat, Jahrgang 1918 und 1919

Zuger Nachrichten, Jahrgang 1918 bis 1924

Zuger Volksblatt, Jahrgang 1918 bis 1924

### Literatur

Thomas Buomberger, Kampfretorik, Revolutionsangst und Bürgerwehren. Der Landesstreik vom November 1918. In: Roman Rossfeld et al., 14/18. Die Schweiz und der Große Krieg. Baden 2014, 336–365.

Bernhard Degen, Erster Weltkrieg, Generalstreik und seine Folgen. In: Valérie Boilliat et al., Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten. Zürich 2006, 125–179.

Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918. Dritte Auflage, Zürich 1988. [Gautschi 1988a]

Willi Gautschi, Dokumente zum Landesstreik 1918. Zweite Auflage, Zürich 1988. [Gautschi 1988b]

Erwin Horat: «Gedenkt heute unserer lieben Verstorbenen! Wählt nicht sozialistisch, wählt konservativ!» Die politische Landschaft der Zentralschweiz nach dem Ersten Weltkrieg zwischen grippetoten Soldaten und der «bolschewistischen Gefahr». In: Geschichtsfreund 159, 2006, 167–327.

Adrian Jacobi, Das Unternehmen Landis & Gyr, seine Arbeiterschaft und die gewerkschaftliche Entwicklung in der Stadt Zug in den Jahren 1914–1925. Lizziatsarbeit Universität Zürich, 2013.

Rudolf Jaun und Tobias Straumann, Durch fortschreitende Verarmung zum Generalstreik? Widersprüche eines populären Narrativs. In: Geschichtsfreund 169, 2016, 19–51.

Renato Morosoli, Sommer 1914. Der Kanton Zug auf dem Weg vom Frieden in die Kriegszeit. In: Tugium 30, 2014, 111–126.

Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband SMUV (Hg.), Unsere Zukunft hat Geschichte. Ein Jahrhundert im Gewerkschaftskampf gegen materielle Not, für Gerechtigkeit und Menschenwürde. Bern 1988.